

WÄHLEN GEHEN!



Impressionen aus dem Wahlkampf



aus dem Inhalt:

Griechenland braucht Zeit!.....	S. 2
Luftballons für Vielfalt.....	S. 3
8. Mai im Vogtland.....	S. 5
Meinungen.....	S. 7





WAS DIE GRIECHISCHE REGIERUNG BRAUCHT, IST ZEIT.

Über 20 Menschen fanden am 12. Mai den Weg in die "Alte Feuerwache", wo unser Bundestagsabgeordneter Dr. Axel Troost über Griechenland sprach. Zunächst erläuterte er ausführlich, wie Schulden entstehen und was der Unterschied zwischen Staatsverschuldung und Neuverschuldung ist. Auch das Problem der Umschuldung und Zinslasten griff er auf und gab damit erhellende Einblicke in finanzpolitische Zusammenhänge, ohne die Berichte über die Schuldenproblematik und ihre möglichen Lösungen unverständlich bleiben müssen. Diese müssen nicht zwingend „Schuldenschnitt“ heißen, auch eine Verlängerung der Laufzeiten von Krediten sowie ein Aussetzen der Zahlungen für die nächsten Jahre würde es Griechenland ermöglichen, Reformen und eine strategische Neuausrichtung zu entwickeln. Ohnehin

würde Griechenland nach dem Einbruch seiner Wirtschaft um 25 % in den letzten Jahren mindestens 15 Jahre brauchen, um den Stand von 2008 wieder zu erreichen.

Nicht unerwähnt in diesem Zusammenhang blieb übrigens die Flüchtlingsproblematik. Gegenwärtig halten sich ca. 1 Mio. Flüchtlinge in dem Land auf, das selbst nur ca. 11 Mio. Einwohner hat. Auch das Sozialsystem ist mit unserem nicht vergleichbar: nach einem Jahr gibt es keine Arbeitslosenunterstützung mehr. Im Moment erarbeitet die neue Regierung Pläne, mit denen sie die 300.000 ärmsten Menschen im Land vor der Verelendung schützen kann.

Was die griechische Regierung braucht, ist Zeit. Damit sie Lösungen entwi-

ckeln kann, die ein vernünftiges Wirtschaften für die nächsten ein bis zwei Jahre überhaupt erstmal möglich macht.

Der 11. Mai war der 100. Tag der neuen Regierung in Griechenland. Diese in den europäischen Ländern übliche Schonfrist hatte die griechische Regierung nicht.

*Katrin Pritscha -
Regionalmitarbeiterin Landesgruppe
DIE LINKE im Bundestag*

KÄTY MOTHES GEWINNT JAV WAHLEN!

Die Bürgermeisterkandidatin der LINKEN in Falkenstein hat sich in der Mitte Mai zur Wahl für die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) im kreisweiten Klinikum Obergöltzsch in Rodewisch, gestellt.

Ihre Kolleginnen und Kollegen haben ihr das Vertrauen ausgesprochen und in der JAV zur Vorsitzenden gewählt. „Gemeinsam mit meinen KollegInnen in der Jugend- und Auszubildendenvertretung werde ich mich jetzt für die Anliegen der Auszubildenden einsetzen“, so Käty Mothes.

Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE Vogtland gratuliert Käty zu diesem Ergebnis!





VOGTLAND MACHT SICH STARK FÜR VIELFALT

Rainbowflash zum internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie

Der 17. Mai ist der Internationale Tag gegen Homo- und Transphobie. Auf der ganzen Welt lassen Menschen Luftballons in den Himmel steigen und erinnern so an den Tag, an dem Homosexualität aus dem Diagnose-schlüssel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gestrichen wurde. Seitdem gilt sie offiziell nicht mehr als Krankheit.

Besonders die Vogtland-Metropole Plauen fiel ja vor vier Jahren negativ auf, als der Straßberger Ortsvorsteher und CDU-Stadtrat Dieter Blechschmidt

Homosexualität als Krankheit darstellte. Dafür erntete er nicht nur Kritik, sondern auch massig Zustimmung. Leider stehen die Konservativen im Vogtland mit dieser Meinung nicht allein. Immer noch werden Menschen in 70 Staaten der Erde wegen ihrer Liebe zum selben Geschlecht und/oder ihrer sexuellen Identität diskriminiert, verfolgt und kriminalisiert.

Dank der Unterstützung vieler Partner*innen und Unterstützer*innen ließen auch in Plauen rund 40 Menschen zahlreiche Luftballons mit

Botschaften gegen Hass und Ausgrenzung in den Himmel steigen. Damit wollen die Demonstrantinnen und Demonstranten - unter ihnen auch zahlreiche Mitglieder der Partei DIE LINKE - klar machen, dass Gewalt und Vorurteile gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender keinen Platz in einer demokratischen und bunten Gesellschaft haben.

Lars Legath - Plauen

ERSTER MAI IN RODEWISCH

Wie schon seit vielen Jahren haben wir Genossinnen und Genossen vom Göltzschtalverband am 1. Mai einen Stand auf der Schloßinsel in Rodewisch aufgebaut.

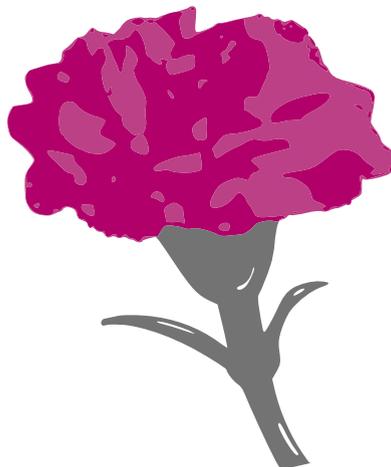
Es ergibt sich dort die Möglichkeit mit vielen Bürgern ins Gespräch zu kommen, weil zu dem Treffen der Jawa Freunde immer so zwischen 200 und 300 Bürger die Insel besuchen. Viele von ihnen kommen bei uns vorbei.

In diesem Jahr hatten wir die Möglichkeit, insgesamt mit etwa 50 Bürgern zu sprechen. Im Mittelpunkt standen Fragen der Ausländerpolitik und die Entwicklung von Pegida aber auch das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP). Gegen das Freihandelsabkommen sammelten wir auch über 25 Unterschriften. Zur Ausländerpolitik und

Pegida gab es erwartungsgemäß sehr unterschiedliche Standpunkte. Die gegenwärtige Ausländerpolitik wird von den meisten als unzureichend eingeschätzt. Das zugelassen wird, dass so viele Menschen im Mittelmehr ertrinken, wird verurteilt. Die anstehenden Probleme sollten aber vorwiegend in

den Ausgangsländern gelöst werden. Die Einmischung der USA und der EU in die Konfliktlösung in Afrika hat nur zu einer Verschärfung der Situation geführt.

Bei Gesprächen zur Politik gegenüber Russland wird übereinstimmend geäußert, dass der geführte kalte Krieg niemandem nützt und nur dazu führt, dass sich Russland noch stärker nach SÜD OSTEN orientiert und sich das Verhältnis in Europa eher verschlechtert.



Ursula Mieth - OV Göltzschtal

FEHLERHAFT KDU-ANGEMESSENHEITSWERTE

im Vogtlandkreis

Erst nach Einsicht in die Ermittlungsunterlagen der Firma "Analyse und Konzepte" (Methodenbericht und Miethöhendatei) können folgende Fragen zur Rechtskonformität beantwortet werden:

- Stammen die Daten aus dem gesamten Teilwohnungsmarkt oder wurden vorwiegend billige Wohnungen erfasst?
- Wurden nur Bestandsmieten aus Mietverträgen der letzten vier Jahre aufgenommen?
- Wurden ausreichend Wohnungen von privaten Vermietern einbezogen?
- Wurden genügend Angebots- und Neuvertragsmieten erfasst?
- Wurden kleine Wohnungen (z.B. unter 35 m²) berücksichtigt?

Zumindest für betroffene Empfänger von Hartz IV und Sozialhilfe gilt die Rechtsforderung, dass das "schlüssige Konzept" einsehbar sein muss (Urteil des Bundessozialgerichts B4 AS 18/09 R vom 22.09.2009). Da ich keine Kreisrätin mehr bin, sind mir die Ermittlungsunterlagen für die Richtwerte, die seit dem 01.01.2015 gelten, nicht zugänglich. Die zuständige Kreisrätin informierte aber, dass die Firma nur die Miethöhen neu erfragt habe, die Berechnungen aber wie vor

vier Jahren erfolgt sei. Es ist also anzunehmen, dass alle Rechtsverstöße der letzten Ermittlung in der Neuermittlung bewahrt wurden.

Dazu gehört die Ermittlung der vier Teilwohnungsmärkte: Es sind nicht, wie vorgeschrieben, homogene Wohn- und Lebensbereiche mit entsprechender Infrastruktur und verkehrstechnischer Verbundenheit. Außerdem führen die Kriterien für die Ermittlung der Teilwohnungsmärkte und deren Bewertung nicht einsichtig zu Gebieten, für die höhere oder niedrigere Mieten charakteristisch sind.

Die Firma hat auch zu überprüfen, ob die als angemessen ermittelten Wohnungen in ausreichender Anzahl vorhanden sind. Wenn das nicht der Fall ist, muss entweder die "Kappungsgrenze" (Schnitt für die Miethöhe des einbezogenen Wohnbestandes, z.B. die unteren 40% oder 50% oder der Median) heraufgesetzt werden, oder für die betroffenen Haushaltgrößen ist die Quadratmeterzahl zu erhöhen. Noch 2012 schrieb die Firma als Antwort auf eine Kritik, dass das Jobcenter nach Einzelfallprüfung eine höhere Miete bezahlen muss, wenn bis zur Richtwerthöhe keine angemessene Wohnung vorhanden ist. Ein Änderungsgesetz zum SGB II hatte aber festgelegt, dass die Überprüfung der Verfügbarkeit zur Richtwertermittlung gehört. Bei einer Indexfortschreibung der Richtwerte, die für 2013 und 2014 galt, hatte die Firma zwar die Quadrat-

meterzahl für Einpersonenhaushalte von 45 m² auf 48 m² gesetzt, meiner Meinung nach genügt diese Erhöhung aber nicht.

Weiterhin sollte bezweifelt werden, dass eine Kappungsgrenze von nur 40 % berechtigt ist. Für andere Kreise bzw. kreisfreie Städte mit weitaus niedrigerer Anzahl von Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfängern gilt eine Kappungsgrenze von 50 %.

Für alle, die einen Teil ihrer Bruttokaltmiete aus der Regelleistung oder dem Freibetrag eines Zusatzverdienstes bezahlen, lohnt eine Klage. In der Klageschrift sollten die vermuteten Mängel möglichst konkret bezeichnet werden. Für Auskünfte dazu bin ich gern bereit.

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach



Wir brauchen eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
19. Juni 2015

Sendet uns eure Beiträge an:
redaktion@dielinke-vogtland.de

8. MAI: TAG DER BEFREIUNG, TAG DES SIEGES ÜBER DIE UNMENSCHLICHKEIT

Europa und die Welt gedenken des 8. Mais als Tag der Befreiung vom Faschismus. An diesem Tage endete in Europa nicht nur ein fast sechsjähriger Krieg, der von Deutschland ausgeht und Millionen von Tote forderte. Es endete auch das 12-jährige faschistische Terrorregime in Deutschland und den besetzten Ländern, das so konsequent wie unmenschlich unzählige Menschen aus unterschiedlichsten Gründen – ob Herkunft, Weltanschauung, Religionszugehörigkeit oder wegen körperlicher Beeinträchtigungen – verfolgte, verschleppte

und ermordete. Wer nicht in die Ideologie der Nazis passte, musste mit dem Schlimmsten rechnen.

Jedoch wäre es falsch, das Phänomen des deutschen Faschismus allein auf Hitler und seine Helfer zu reduzieren. Die Tendenz, das deutsche Volk als erstes Opfer des Faschismus anzusehen, darf nicht unwidersprochen bleiben. Vielmehr gelangten die Nazis durch die Mittel eines demokratischen Systems und unter hoher Zustimmung der Bevölkerung an die Macht. Die Folgen des Ersten Weltkrieges, des als "Schandfrieden" empfundenen Versailler Vertrages oder auch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise waren Katalysatoren eines aufkeimenden Nationalismus und Chauvinismus und damit des beschleunigten Aufstieges der Nazis, nicht jedoch deren abschließliche Ursache.

Ein Mangel an demokratischer Gesinnung in der Bevölkerung, ein übersteigerter Nationalismus und auch der Rassismus müssen darüber hinaus als Ursachen gesehen werden. Insbesondere ein in Deutschland weit verbreiteter ideologischer Antisemitismus quer durch weite Bevölkerungsgruppen und politische Richtungen bildete eine Grundlage, an die die Nationalsozialisten anknüpfen konnten. Dieser Antisemitismus, als einer der konstituierenden Elemente des Nationalsozialismus kulminierte in seiner eliminatorischen Form: der Shoah.

Umso mehr müssen uns aktuelle Entwicklungen in dieser Gesellschaft besorgen. Wenn Übergriffe gegen Andersdenkende und "Fremde" zunehmen, dann stellen wir uns an die Seite der Opfer. Wenn die Werte der Demokratie in Frage gestellt werden, dann halten wir die Werte des demokratischen Miteinanders in die Höhe. Wo Krieg wieder als Mittel der Politik gesehen wird, wo wieder der Einsatz von Menschenleben als gerechter Preis unfriedlicher Auseinandersetzungen gesehen wird, dort treten wir ein für den Frieden. Wenn Deutschland heute wie kaum ein anderes Land vom

Krieg, an Rüstungsexporten verdient, werden wir dies nicht akzeptieren. Wenn der jüdische Staat heute als Projektionsfläche für die antisemitischen Ressentiments gegen "die Juden" erhalten muss, werden wir widersprechen.

Dieses Jahr jährt sich der Tag der Befreiung vom Faschismus zum 70. Mal. Und gerade in Sachsen sind wir mit einem signifikanten Anstieg von Fremdenfeindlichkeit, sozialer Ausgrenzung und Ideologien der Ungleichwertigkeit in einem fast unerträglichen Maße konfrontiert. Der unveräußerliche Gedanke von der Gleichheit und Freiheit aller Menschen droht mehr und mehr in den Hintergrund zu treten.

Umso mehr stellt sich in uns gerade heute die Aufgabe, die Werte der Menschlichkeit, der Demokratie und des Friedens gegen Angriffe zu verteidigen. Dort, wo sich Menschen über Menschen erheben, dort, wo die Werte des demokratischen Miteinanders in Frage gestellt werden, dort, wo wieder die Friedlichkeit geworben wird, dort erheben wir als LINKE konsequent unseren Widerspruch.

Die Lehre des 8. Mais 1945 war, ist und bleibt, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen darf. Dazu gehört auch, dass keiner in diesem Land von Tod und Leid anderer profitieren darf. Wir treten ein für ein friedliches Deutschland umzingelt von Freunden. Für uns ist und bleibt der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung, der Tag des Sieges über die Unmenschlichkeit.

Erklärung des Landesvorstandes von DIE LINKE. Sachsen, beschlossen auf der Sitzung des Landesvorstandes am 27. März 2015 in Dresden.



■ **Befristung und Leiharbeit stoppen!**

■ **Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV!**

■ **Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!**

■ **Wohnung und Energie bezahlbar machen!**

■ **Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!**

DIE LINKE.

www.das-muss-drin-sein.de

TAG DER BEFREIUNG IM VOGTLAND

© Horst Bescher



Die Gedenkkundgebung der VVN-BdA Vogtland in Reichenbach am Tag des Sieges, 9. Mai 2015, in Anwesenheit eines Vertreters des russischen Generalkonsulates war der Höhepunkt der Veranstaltungen zum 70 Jahrestag der Befreiung. Zum Abschluss der Veranstaltung stiegen hundert weiße Friedenstauben auf.



Am Nachmittag des 08. Mai trafen sich ca. 50 Menschen im kleinen Örtchen Weißensand bei Lengenfeld. Unter Ihnen war neben der GemeindevertreterInnen und auch unser Landratskandidat Michael Schiebold und unsere Abgeordnete Janina Pfau. Besonders ergreifend war die Anwesenheit einer Zeitzeugin, welche vor 70 Jahren 2 aus einem Todesmarsch geflohenen Frauen Unterschlupf gewährte.



Der Vormittag des 8. Mai steht bei vielen Plauern immer rot im Kalender. Seit vielen Jahren findet in diesem Zeitraum das Gedenken zum Tag der Befreiung am sowjetischen Ehrenmahl statt. Die ein Redebeitrag der VVN-BdA und eine kurze Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Plauen gaben der Veranstaltung den gebotenen feierlichen Rahmen.

KRANZNIEDERLEGUNG AM GRABMAL FÜR GEFALLENE SOWJETISCHE SOLDATEN AUF DEM FRIEDHOF AUERBACH

Am 8. Mai zum Tag der Befreiung wurde auf Initiative der Fraktion DIE LINKE am Grabmal für gefallenen Sowjetsoldaten im Friedhof Auerbach von der Stadt eine Stunde des Gedenkens organisiert. Es gab vom Oberbürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden dazu Einverständnis. Es war unser erklärtes Ziel, alle Stadträte mit einzubeziehen und es nicht zu einer Veranstaltung unserer Partei werden zu lassen. Der Oberbürgermeister Manfred Deckert sprach die Gedenkworte und alle Fraktionsvorsitzenden legten einen Kranz nieder.

Insgesamt waren wir vom Niveau und vor allem der Teilnahme durch Stadtratsmitglieder enttäuscht. Wir Genossen waren recht zahlreich und haben ein Blumengebinde unserer Partei sowie viele Blumen niedergelegt. Aber die Motivation anderer Stadträte oder Mitarbeiter der Stadt war nicht gegeben.

Die Bekanntmachung der Veranstaltung in der Presse war auch nicht so, dass sie Bürger motivieren könnte. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, dass das auch gar nicht gewollt war.

Für mich, die den Krieg und die Nachkriegszeit mit erlebt hat, sind das beängstigende Signale. Die Geschichte hat gezeigt, dass man mit Russland gute Beziehungen haben sollte. Die gegenwärtigen Reaktionen zeigen vor allem, dass man den Patriotismus der russischen Menschen unterschätzt. Wenn sie sich mißachtet fühlen, rücken sie mehr zusammen. Dass sie in dieser Situation zu ihrer Regierung und Putin halten, war vorauszusehen.

Ursula Mieth - OV Göltzschtal

"DAS SCHWEIGEN DER LÄMMER" ...

...oder auch und täglich grüßt das Murmeltier. Eigentlich gibt es noch weitere Filmtitel die passend wären für das was (mal wieder) über die Geheimdienste ans Licht kommt.

Bis heute zeigt die Regierung kein Interesse an der Befragung von Edward Snowden schweigt sich aus, weil man lieber den Kopf einzieht vor einem "Freund" der uns ausspioniert, von deutschem Boden aus einen Drohnenkrieg organisiert und uns alles andere als ebenbürtig ansieht. Dieser Mann würde aber wahrscheinlich viel schneller beweisen können, was jetzt langsam zu Tage tritt.

Derzeitiger Knackpunkt ist, dass der BND bei all dieser Spionagetätigkeit des NSA mithilft. Schlimm genug das es ist, aber wo ist die ehrliche Entrüstung der Bundeskanzlerin?! Wo ist die Wutrede des Herrn Gauck?! Die Wutrede des Mannes, der sich auf die Fahne geschrieben hatte, die Verbrechen der Stasi aufzuklären?! Die Verbrechen eines Geheimdienstes, der auch die eigene Bevölkerung ausspioniert hat. Wann haut er als Bundespräsident mal auf den Tisch gegen exakt diese Vorgehensweise des jetzigen Geheimdienstes? Sein Schweigen und auch das der Kanzlerin sind ein Zeichen, dass es Ihnen niemals um die Aufklärung von Verbrechen ging, sondern rein ums Schmutzwerfen gegen die ehemaligen DDR. Dieses Geheuchel auf allen Ebenen kotzt mich täglich mehr an.

Maik Schwarz- Jöbnitz

ZUM ARTIKEL

"Müll und kein Ende" im Vogtlandboten April 2015

Klaus Jäger behandelt im Artikel den Millionenfehlbetrag der Abfallwirtschaft im Entsorgungsgebiet Plauen. Dazu schreibt er: "Zum 01.01.2009 ging mit der Kreisgebietsreform die Hoheit über Abfallwirtschaft und Gebühren an den Vogtlandkreis über. ... 2009 oder 2010 ... hatte Plauen längst nicht mehr die Hoheit über die Gebühren und hätte sie gar nicht erhöhen können. Das war jetzt Sache des Kreises."

Das ist falsch. Plauen blieb auf eigenen Wunsch auch nach der Kreisgebietsreform ein eigenes Abfallgebührengbiet mit eigener Abfallsatzung und eigener Abfallgebührensatzung. Beide Satzungen galten vom Juli 2008 bis Ende 2013. In der Abfallsatzung von 2008 heißt es z.B. in § 1: "Im Rahmen der Förderung der Kreislaufwirtschaft ... nimmt die Stadt Plauen in ihrem Gebiet als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (ÖRE) folgende Aufgaben wahr ...". Die Konsequenz ist im § 16 zu lesen: "Für die Benutzung der Einrichtungen zur Abfallentsorgung im Sinne dieser Satzung werden Gebühren nach der Abfallgebührensatzung der Stadt Plauen erhoben."

Wohlgemerkt: das galt bis Dezember 2013.

Als spätestens 2011 involvierten Fachleuten und Stadträten (Klaus J. als sachkundiger Einwohner des Kreistagsmüllausschusses gehörte dazu) bekannt wurde, dass die Plauener Müllentsorgung rote Zahlen schreibt, hätten sie ein Gebührenänderung für das Plauener Entsorgungsgebiet durchzusetzen können.

Als eigentliche Ursache für das Millionenloch in der Plauener Abfallentsorgung ermittelt Klaus J. die Erhöhung der Tonnenpreise, die die Oelsnitzer Behandlungsanlage für die Abfallannahme fordert. Diese Preise wurden aber für den Vogtland-Altkreis genauso erhöht wie für die Stadt Plauen, aber die Einwohner des Altkreises zahlten höhere Gebühren als die Plauener und konnten die Preiserhöhung noch verkraften.

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach



NEIES VON DAR META

Ne Donnarstooch kam de Meta wider nooch Plaue ze iehrer Freindin Neideiteln. Bei denn scheen Wetter hamm se siech im Biergartn zem Mittoochessn getroffn. Gessn hamm se diesmoll Erdepfel un Quark. Un hinterher beim Kaffeetrinken gewaafft, wie se dess jede Woch machen.

„Nu woaß gibbs bei eich Neies“ froocht de Neideiteln? „In dar nächstn Woch musste widder e moll ze mier nooch Falknstaa komme, denn iech hoo dann mei klaans Enkele bei mir ze Besuch, denn im Kinnargartn wern se streikn, weil die fleisischn Erzieherinnen siech nimmer länger verträstn lassen wolln. Es kaa doch net sei, dass de Gaungstiefl im Landtooch siech aus dar Staatskass nemme woas se wolln un fier de Kinnergärtnerinnen hamm se kaa Geld“.

„Do drierber brauchst de diech net ze wunnern“, soocht de Neideiteln, „Die braung kaane kommunaln Kinnergärtner oder Schuln. Dennen iehre Kinner gene nei Private Einrichtungen woos kaan Personalschlissl oder Privatschuln woas kaan Lehrermangl un Ausfallstundn gibbt. Dess Schulgeld do darfier, woas siech e Arbeiter goar net leistn kaa, bezohn die Schnarchkittl aus dar Portokass. Un wenn se krank wern, krieng se als Privatpatientn Chefarztbehandlung und braung net wie mier Proleten monatlang auf en Termin wartn“.

Dieter Riedler – Leubnitz

ASYL IST EIN MENSCHENRECHT

internationale Abkommen zum Asylrecht

Ursachen für Flucht und Asylsuche
Wie können wir helfen?

Wir laden Sie für den
8. Juni 2015 von 18.00 Uhr bis
19.30 Uhr

in den Klubraum der Auerbacher
AWG

Eisenbahnstr. 32
(Wohnblock hinter der
Geschäftsstelle der AWG im
Auerbacher Neubaugebiet)
zum Bürgerforum ein.

Es sprechen Andreas Naumann,
Stadtrat in Dresden und Mitglied
des Sächsischen Flüchtlingsrates
e.V.

ein Vertreter der Stadtverwaltung
Auerbach und
Mitglieder des Sozialforums
Göltzschtal

Alle Betroffenen und alle sozial
engagierten Bürger sind herzlich
eingeladen.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die im April ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

L. Rieger	Pöhl	3.06.
Edelgard Gork	Plauen	3.06.
Günter Lorenz	Falkenstein	3.06.
Wilfried Beyer	Plauen	3.06.
Werner Jacob	Plauen	5.06.
Karl Gromoll	Klingenthal	5.06.
Ilse Seidel	Plauen	11.06.
M. Geipel	Klingenthal	11.06.
Gerda Röder	Heinsdorferg.	12.06.
Horst Konrad	Reichenbach	13.06.
Emil Uhl	Bad Brambach	15.06.
Christa Stölzel	Reichenbach	21.06.
Margot Bauer	Reichenbach	23.06.
Ruth Weck	Falkenstein	25.06.
Toni Walda	Adorf	25.06.
W. Vorberg	Reichenbach	26.06.
G. Hopperditz	Plauen	28.06.
Inge David	Auerbach	28.06.
K.-H. Jaensch	Plauen	29.06.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.05.2015, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 19.06.2015. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.

INTERESSANT ?!

" Im Jahr 2014 wünschten sich rund 6 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 74 Jahren Arbeit oder mehr Arbeitsstunden. Neben 2,1 Millionen Erwerbslosen setzte sich das »ungenutzte Arbeitskräftepotenzial« aus 1,0 Millionen Personen in Stiller Reserve und insgesamt 2,9 Millionen Unterbeschäftigten zusammen.

Im Vergleich zum Vorjahr sank ihre Zahl um 336 000 Personen (- 5,3 %). Trotz der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt bleibt somit weiterhin ein erhebliches Potenzial an Arbeitskräften ungenutzt. Die Zahl der Unterbeschäftigten hatte mit - 6,5 (- 202 000) jedoch den stärksten Anteil am Rückgang des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials. "

Quelle: Statistisches Bundesamt